

René Röspel

- (A) von Gewerkschaften mehr, sondern etablierter Bestandteil einer sozialen Marktwirtschaft, die auch funktioniert.

(Beifall bei der SPD)

Das Programm ist übrigens dankenswerterweise von Heinz Riesenhuber unter der Union fortgesetzt worden, aber dann irgendwie versackt. Leider hat Deutschland seine führende Stellung im Bereich Arbeitsforschung verloren.

Umso erfreuter sind wir, dass wir in den Koalitionsvertrag hineinverhandeln konnten, dass wir uns unter dem Stichwort „Forschung für die Arbeit von morgen“ wieder damit befassen, welchen Herausforderungen wir in den Bereichen Arbeit, Dienstleistungen, aber auch Produktion in unserer Gesellschaft begegnen werden, um gewappnet zu sein und in einer modernen arbeitsintensiven und wohlstandssichernden Gesellschaft und Arbeitsform weiterzukommen. Seitdem haben wir beispielsweise für den Bereich Arbeits-, Produktions- und Dienstleistungsforschung den Forschungsetat mittlerweile auf 100 Millionen Euro erhöht. Das ist ein wichtiges Signal dafür, sich mit Neuem auseinanderzusetzen und auf Fragen Antworten zu finden.

Ich bin sehr dankbar, dass das Arbeitsministerium in eigener Initiative zuerst ein Grünbuch und dann ein Weißbuch vorgestellt hat, in dem es um die Fragestellung geht: Arbeit 4.0, was bedeutet das? Das bedeutet jedenfalls nicht, Arbeitnehmer an neue technische Entwicklungen anzupassen, sondern, Arbeitsplätze und -bedingungen so zu gestalten, dass Menschen in diesem Land weiterhin gesund, zufrieden und glücklich arbeiten können und nicht an ihrer Arbeit kaputtgehen müssen. Dieses Grünbuch ist am Ende eines längeren Prozesses im November 2016 vorgelegt worden.

(B)

Ich bin froh, dass auch die Grünen im November 2016 den Antrag, über den wir heute diskutieren, erstmalig eingebracht haben. Dort werden einige Punkte aufgeführt, die ich durchaus für sinnvoll halte, zum Beispiel, wenn es um die Arbeitnehmermitbestimmung und den Beschäftigtendatenschutz geht. Vieles im Antrag der Grünen greift aber zu kurz oder fehlt gänzlich. So heißt es dort, Aufgabe der Politik sei, „einen Rahmen zu schaffen, der es ... den Beschäftigten ermöglicht, mit dieser Entwicklung Schritt zu halten“. Das ist uns zu wenig. Wir wollen Gesellschaft gestalten und immer versuchen, einen Schritt voraus zu sein. Dazu bedarf es übrigens auch einer vernünftigen Forschung.

In gewissen Punkten können wir dem Antrag der Grünen nicht zustimmen, weil Dinge fehlen, die für die Zukunft wichtig sind. Wissensintensive Dienstleistungen – wir kümmern uns darum besonders intensiv und haben dazu schon viel auf den Weg gebracht – und personen- bzw. menschnahe Dienstleistungen fehlen komplett. Sicherlich kann man sich für ein Recht auf Homeoffice aussprechen. Aber im Hinblick auf die Diskussion über die Entgrenzung von Arbeit sage ich: Das kann auch ein großer Nachteil im Sinne eines latenten Zwangs sein. Ich

- stelle mir dabei eine Frau vor – davon werden hauptsächlich Frauen betroffen sein –, die zu Hause sitzt, (C)

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Genau! Mit dem Kind auf dem Schoß!)

das Kind auf dem Arm hat und gleichzeitig am Computer Homeoffice macht. Eine solche Entwicklung will ich auf keinen Fall haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Das alles muss sehr differenziert betrachtet werden.

Noch ein anderer Aspekt. Im Pflegeheim gibt es kein Homeoffice, sondern Nachtschichten. Wenn wir nicht wie Japan – dort ist das selbstverständlich – auf Robotik in der Pflege setzen, sondern die Arbeitsbedingungen für die Pflegenden so gestalten wollen, dass sie trotz Schichtarbeit 20 Jahre in ihrem Beruf durchhalten und dass der menschliche Aspekt in der Pflege erhalten bleibt, dann müssen wir viel tiefer gehen als der Antrag der Grünen. Ich bin ganz froh, dass die Arbeitsministerin Andrea Nahles in die Fußstapfen von Hans Matthöfer tritt und dass wir für eine Humanisierung der Arbeit eintreten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Edelgard Bulmahn:

Als nächster Redner hat Stephan Stracke für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(D)

Stephan Stracke (CDU/CSU):

Grüß Gott, Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Art und Weise, wie wir leben und arbeiten, verändert sich zum Teil von Grund auf. Die Umbrüche sind zum Teil gravierend. Wir stecken schon mitten in diesem Prozess. Maßgeblicher Treiber ist das, worüber wir heute diskutieren, nämlich die Digitalisierung. Sie wird die gegenwärtigen Systeme und Geschäftsmodelle über viele Jahre – vielleicht sogar unumkehrbar – weiterentwickeln. Sie bietet sicherlich ganz neue Möglichkeiten in vielen Bereichen des Lebens. So können ältere Menschen durch Smart-Home-Technologie länger zu Hause leben oder kann das Wort für Gehörlose noch sichtbar gemacht werden. All das ist möglich. Wir wissen aber noch gar nicht, wie stark die Auswirkungen auf jeden Einzelnen abstrahlen werden.

Für die Arbeitswelt werden einige Punkte kennzeichnend sein. Die Arbeit wird flexibler werden. Moderne Kommunikationsmittel ermöglichen, zeitlich und örtlich ungebundener seiner Arbeit nachzugehen. Das ist eine große Chance gerade für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ein familienfreundliches Arbeitsleben ist die Basis für Motivation und Bindung an ein Unternehmen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird für Arbeitnehmer zunehmend zu einem Ausschlusskriterium bei der Entscheidung für oder gegen ein Unternehmen. Des Weiteren wird sich die Bezahlung stärker daran orientieren, welche Arbeitsergebnisse erzielt werden. Die sich

Stephan Stracke

- (A) verändernden Organisationsstrukturen erfordern, Arbeit verstärkt anlass- und themenbezogen zu organisieren und Teams zusammenzustellen. All das beschreibt die sich durch die Digitalisierung verändernde Arbeitswelt.

Gerade das mobile Arbeiten eröffnet Arbeitnehmern die Chance, eine neue Balance zwischen Erwerbsarbeit auf der einen Seite und Familie und Freizeit auf der anderen Seite zu finden, mehr Verantwortung, insbesondere mehr Eigenverantwortung, zu übernehmen, und es eröffnet die Chance, Hierarchien flacher zu gestalten. Das ist doch durchaus attraktiv. Wenn wir endlich von monotoner Arbeit und körperlich belastenden Tätigkeiten durch Assistenzsysteme loskommen, dann hilft das vor allem älteren Arbeitnehmern oder Menschen mit Handicap.

Wer nun die schöne alte Welt konservieren will, der wird sicherlich den Anschluss verpassen, der wird die Chance der Digitalisierung nicht nutzen, und dann werden Wertschöpfung und Wohlstand nicht mehr in diesem Maße in Deutschland stattfinden. Deshalb hat die Gesellschaft die Aufgabe, den Wandel nicht hinzunehmen, sondern aktiv zu gestalten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die großen Potenziale der Digitalisierung müssen nach Möglichkeit allen Menschen gleichermaßen zugutekommen. Dabei setzen wir auf bewährte Prinzipien: Leistung und Sozialpartnerschaft, Chancengerechtigkeit und Solidarität. Das sind die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Diese bleiben Richtschnur. Wir werden die Digitalisierung sozial gerecht gestalten.

- (B) Digitalisierte Arbeitswelt braucht starke Sozialpartner, einen fairen Interessensausgleich, und deshalb werden Tarifverträge auch weiterhin eine zentrale Rolle einnehmen.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt mal konkret!)

Aber natürlich rufen auch die Unternehmen verstärkt nach Flexibilität. Es ist natürlich etwas daran, Arbeitszeitrecht zu hinterfragen und vorsichtig zu öffnen. Darauf setzt auch das Bundesarbeitsministerium mit Experimentierräumen. Wir könnten da durchaus mutiger sein; aber wir müssen uns immer klar sein: Wir brauchen weiterhin genügend Raum für Familie, für Freizeit und Erholung. Erwerbsarbeit ist wichtig und gut, aber sie ist im Leben nicht alles.

(Beifall der Abg. Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deswegen müssen wir darauf achten, dass wir auch genügend Räume für Familie, Erholung und Pausen für Kreativität haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nur dann wird Kreativität entstehen. Wir müssen Räume für individuelle Lösungen eröffnen, für die Unternehmen gleichermaßen wie für die Arbeitnehmer. Das ist unsere große Aufgabe. Ich traue uns zu, dass wir in diesem Rahmen einen fairen Interessensausgleich hinbekommen.

Ein zweiter Aspekt: Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit. Je mehr Freiheiten die Menschen haben, desto mehr

wird auch der Aspekt der Eigenverantwortung in den Mittelpunkt rücken. Das gilt auch für den Arbeitsschutz. Deswegen müssen wir gerade die Fähigkeit zur Eigenverantwortung stärken. (C)

Gute Aus- und Weiterbildung ist mein dritter Punkt. Die duale Berufsausbildung hat sich mit ihrer hohen Anpassungsfähigkeit durchaus bewährt. Sie wird auch bei der Digitalisierung Erfolgsmodell bleiben müssen. Ausbildungsordnungen müssen sicherlich überprüft werden, insbesondere aber muss die digitale Kompetenz gestärkt werden. Ich meine damit die Fähigkeit zur Selbstorganisation jedes Einzelnen, Eigenschaften wie Selbstbestimmung, Verantwortungs- und Sicherheitsbereitschaft, aber auch Zuverlässigkeit. Natürlich müssen wir auch den Grundsatz des lebenslangen Lernens stärker in den Blick nehmen.

Die Verantwortung hierfür liegt bei jedem Einzelnen, bei den Arbeitnehmern wie auch bei den Unternehmen selbst. Sie wollen wir in ihrer Eigenverantwortung unterstützen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dabei hilft nicht die Schablone, sondern dabei helfen passgenaue Lösungen. Dafür wollen wir die Stärken der Bundesagentur für Arbeit nutzen. Es gilt, die Unternehmen und die Beschäftigten verstärkt für das Thema Weiterbildung zu motivieren. Die Begleitung der Beschäftigten gerade an den Übergängen und Wechseln im Arbeitsleben ist und bleibt die zentrale Aufgabe der Bundesagentur für Arbeit, die Beratung und gezielte Förderung. (D)

Transparenz bei den Weiterbildungsangeboten zu schaffen, darin sehe ich die zentrale Aufgabe der Bundesagentur für Arbeit. Sie muss eine Lotsenfunktion haben, aber darf keine staatliche Weiterbildungsbehörde werden. Das genau wird die Bundesagentur für Arbeit nicht sinnvoll ausfüllen können. Die Betriebe, die Unternehmen und jeweils der einzelne Mensch brauchen individuelle Lösungen. Das schaffen wir nicht durch Schablonen und staatliche Behörden. Wir müssen ganz subsidiär bei den Unternehmen ansetzen und diese stärken und weiterentwickeln.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Digitalisierung ist eine große Chance, weil sie vor allem die Menschen mit ihren Fähigkeiten, mit ihren Begabungen in den Mittelpunkt rückt. Genau diese Fähigkeiten und Begabungen als Informations- und Wissensarbeiter gilt es zu stärken. Wir müssen klären, wie wir es schaffen, Informationen stärker zusammenzuführen, Lösungen schnell zu entwickeln. Das hat natürlich Auswirkungen nicht nur auf die Organisation in Betrieben, sondern auch darauf, wie wir miteinander kommunizieren, welche Fähigkeiten wir in der Kommunikationsstruktur und im Kommunikationsverhalten mitbringen. Die Digitalisierung ist eine große Chance für uns, Wertschöpfung in diesem Land zu sichern, zu erhalten und auszubauen, aber auch, mehr Flexibilität gerade im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen. Daran arbeiten wir.

Stephan Stracke

(A) Ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Edelgard Bulmahn:

Als nächster Redner spricht Dr. Hans-Joachim Schabedoth für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Hans-Joachim Schabedoth (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle reden von Industrie 4.0, Arbeit 4.0, Schalke 4.0.

(Heiterkeit)

Bei Schalke 4.0 bin ich mir nicht so sicher, aber die anderen Begriffe stehen für eine Entwicklung, die wir miteinander eher als Chance sehen denn als Risiko. Wer uns zuhört, wird das, glaube ich, als Konsens herausgehört haben.

Die vernünftige Perspektive im weiteren Verlauf der Digitalisierung ist nicht die menschenleere Fabrik – darüber sind sich die Fachleute längst einig –, sondern die menschenfreundliche Fertigung. Dabei könnte gute Arbeit von der Ausnahme, die es heute leider noch ist, zur Regel werden. Es eröffnen sich neue Perspektiven – meine Vorredner haben dazu schon viel genannt – für Arbeitszeitverkürzung, für die Humanisierung der Arbeit, für neue Beteiligungschancen, für eine Arbeitsorganisation, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wirklich erleichtert. Es geht auch – davon wollen viele nichts hören – um Chancen für eine bessere Bezahlung.

(B)

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Richtig! Genau!)

Den Wegfall monotoner und gesundheitsbelastender Arbeit wird von uns sicherlich niemand bedauern.

Bei der fortschreitenden Digitalisierung der Arbeit in den Produktions- und Dienstleistungssystemen ist Arbeitslosigkeit keine zwangsläufige Entwicklung. Die Beschäftigten aus der Wirtschaftswunder- und Babyboomerzeit erreichen in den kommenden Jahren ihr Rentenalter. Der vielbeschworene Kollege Roboter könnte hier Lücken füllen. Komplexe Produkte können kostengünstiger hergestellt werden. Das bringt das Out für Outsourcing. Doch solche Fortschritte ergeben sich nicht zwangsläufig; darauf komme ich noch einmal zurück. Nur gut – das entnehme ich dem Antrag der Grünen –, dass ich da keine Nachhilfe geben muss. Sie haben das richtig erkannt: Wir müssen etwas tun. Die gesellschaftlichen und politischen Gestaltungsaufgaben warten. Das betrifft notwendige Veränderungen im Bildungs- und Ausbildungssystem, bei Hochschule und Weiterbildung. Den Schutz vor missbräuchlicher Nutzung von Daten will ich noch einmal hervorheben; das ist die Achillesferse des Fortschritts im Bereich Arbeit 4.0 und Fabrik 4.0. Notwendig sind zudem Investitionen in den Breitbandausbau sowie gesetzliche Regulierungen zur Datensicherheit und zum Erhalt von Netzneutralität.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Völlig unterbelichtet im Antrag der Grünen ist, finde ich, die Herausforderung an die Tarifvertragsparteien. (C)

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Uwe Lajosky [CDU/CSU])

Die neuen Wertschöpfungsnetzwerke und Geschäftsfelder vergrößern die privatwirtschaftlich organisierte Reichtumsproduktion. Das eröffnet neue einkommens- und finanzpolitische Teilhabechancen, aber auch nicht von allein. In den gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Debatten ist es selbstverständlich, den neu erzielten Zuwachs an produziertem Reichtum so zu verteilen, dass alle etwas davon haben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Das sollten, meine ich, auch die Grünen stärker rezipieren.

Anders als die Grünen glaubt die SPD auch beim Thema Industrie 4.0 und Arbeit 4.0 nicht daran, Gutes könnte man von oben verordnen, etwa wir als Gesetzgeber. Aushandlungsprozesse sind nötig, gerne auch, Herr Whittaker, partnerschaftlich. Aber die Erfahrung sagt: Wenn es im Konsens nicht geht, muss man den Konflikt organisieren. Auch das gehört zu den Prinzipien einer sozialen Marktwirtschaft.

Zum Glück sind beim Erarbeiten neuer Verteilungsregeln die Tarifvertragsparteien oftmals kompetenter als die Bundesregierung; das gilt im Übrigen für jede Form ihrer Zusammensetzung. Wir setzen auf den Erhalt und den Ausbau der deutschen Mitbestimmungskultur; denn Entscheidungen im System der Industrie 4.0 überschreiten schon jetzt die herkömmlichen Betriebszuständigkeiten. Es gibt neuen Regelungsbedarf, meine Kolleginnen und Kollegen von den Grünen. Der Prozess läuft schon und überschreitet den Entscheidungsraum dieser Legislaturperiode und sogar den der nächsten. Kontinuierlich wird es notwendig sein, hier nachzuschärfen. (D)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Edelgard Bulmahn:

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

Dr. Hans-Joachim Schabedoth (SPD):

Ja, ich komme gern mit der Feststellung zum Schluss: Es lohnt sich, darüber intensiver weiter nachzudenken – in jedweder Zusammensetzung des Parlaments und der Regierung. Ich freue mich darauf.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das heißt, ihr macht nichts mehr!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Edelgard Bulmahn:

Als letzte Rednerin in dieser Debatte hat Waltraud Wolff für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Waltraud Wolff (Wolmirstedt) (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am Ende dieser Debatte zum Thema „Arbeit 4.0“ – dazu